

Selbstkritischer Präsident

Macri räumt ein, Probleme unterschätzt zu haben

Buenos Aires (AT/mc)
- Mit selbstkritischen Tönen hat sich Mauricio Macri zu Wort gemeldet. Gegenüber dem Sender „Radio de la Costa“ sagte der Präsident mit Blick auf die Inflation: „Das hat uns mehr gekostet, als ich mir vorgestellt hatte. In diesem Punkt war ich vielleicht zu optimistisch.“ Im Wahlkampf vor vier Jahren hatte Macri noch behauptet, die Inflation würde kein Problem während seiner Regierungszeit sein. Zwei Jahre später versprach er dann, die Rate der Geldentwertung bis 2019 in den einstelligen Bereich senken zu wollen. Tatsächlich betrug sie im Vorjahr satte 47,6 Prozent. Für dieses Jahr wird sie bei 30 Prozent erwartet.

In dem Radio-Interview sagte der Staatschef, dass man die Inflation letztlich nur dann erfolgreich bekämpfen könne, wenn man nicht mehr ausbebe, als man habe. „Der Weg ist, das Land zu entwickeln, Be-



Mauricio Macri beklagt die Inflation.

schäftigung zu schaffen und die Armut zu bekämpfen.“ Doch mit einer so hohen Inflationsrate sei dies nicht zu schaffen.

Aber der Präsident gab sich kämpferisch: „Mehr als 90 Prozent aller Länder haben dieses Problem nicht. Wir müssen das auch schaffen. Es gibt keine Entschuldigung.“ Zum ersten Mal habe man einen ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht, den es

nun auch zu erfüllen gelte. 2018 sei in wirtschaftlicher Hinsicht ein „sehr traumatisches Jahr“ gewesen. Um die Wirtschaft nachhaltig anzukurbeln, bedürfe es noch viel.

Doch trotz der komplexen Probleme, der die argentinische Wirtschaft ausgesetzt ist, gab Macri sich zuversichtlich, dass sein Wahlbündnis „Cambiamos“ auf

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

- CFK mit Antrag gescheitert 3
- Die Woche in Argentinien..... 4

Meinung

- Die gebrochene Loyalität..... 5
- Im Blickfeld: Zeichen setzen..... 6
- Randglossen 8

Wirtschaft

- Argentinische Präsenz

- auf der Messe Fruit Logistica 9
- Staatsschuld wegen Abwertung von 57% auf 95% des BIP gestiegen 10
- Argentinien 11
- Geschäftsnachrichten..... 13

Wirtschaftsübersicht

- Auf der Suche nach einem Wirtschaftsprogramm..... 14
- Großer Fortschritt bei der Riachuelo-Sanierung 16

dem richtigen Weg sei: „Ich bin davon überzeugt, dass sich die Argentinier für den Wandel entschieden haben. Das heißt: Sich in die Welt einfügen, sich gegenseitig die Wahrheit sagen, die Probleme auf den Tisch bringen.“

Gleichzeitig gab er seiner Amtsvorgängerin Cristina Fernández de Kirchner noch eine Mitschuld für die aktuelle Lage: „Wir müssen verstehen, dass die Dinge, die wir geerbt haben, sich nicht in drei Jahren lösen lassen.“ Und weiter: „Es ist nicht leicht, das Argentinien aufzubauen, von dem wir alle träumen. Man braucht

Überzeugung und Konstanz.“ „Mafiöse Praktiken“ sowie „Augen zuzudrücken beim Drogenhandel“ dürften in der argentinischen Politik keinen Platz mehr haben.

Mut macht dem Präsidenten der Anspruch, den er beim G20-Gipfel erfahren habe: „Staatslenker verschiedener Weltanschauungen haben uns gratuliert und ermutigt, weiter zu machen. Dies zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410
C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 /
4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar
(Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar
(Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar
(Anzeigenabteilung)
atsuscripciones@fibertel.com.ar
(Abonnements)
- ▶ Twitter! @ATdeBuenosAires
- ▶ Facebook argentinischestageblatt

Redacción y Administración:

Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

CFK mit Antrag gescheitert

Ex-Präsidentin muss am 26. Februar auf Anklagebank

Buenos Aires (AT/mc) - Rückschlag für Cristina Fernández de Kirchner: Die Ex-Präsidentin ist mit ihrem Anliegen gescheitert, die für den 26. Februar angesetzte mündliche Verhandlung zur Vergabe öffentlicher Bauten in der Provinz Santa Cruz zu verschieben. Dort soll die einstige Staatschefin auf der Anklagebank Platz nehmen. Untersucht wird, inwieweit ihre Regierung den mittlerweile inhaftierten Bauunternehmer Lázaro Báez bei Straßenbaumaßnahmen bevorzugt hat. Es geht um Staatsaufträge im Wert von 46 Milliarden Pesos. Es sollen Überpreise gezahlt worden sein. Cristina wird bezichtigt, eine „kriminelle Vereinigung“ geführt zu haben.

Kirchner hatte um Aufschub gebeten, da eine von ihr veranlasste Prüfung von Báez-Verträgen noch nicht abgeschlossen ist. Es handelt sich um fünf von insgesamt 52 Kontrakten, die Báez während der Kirchner-Regierungen zum Bau von Straßen abschloss. Das Bundesgericht in Buenos Aires steht jedoch auf dem Standpunkt, die Verhandlung trotzdem beginnen zu können.

Auch den zweiten von Kirchner angeführten Grund, die Verhandlung zu verschieben, wies das Gericht zurück: Die Ex-Präsidentin hatte argumentiert, der Fall fiele in den Zuständigkeit des Gerichtsbezirks Río Gallegos in der Provinz Santa Cruz, da sich die Verträge auf dieses Gebiet beschränkten. Doch auch hier wollten die Richter Kirchner nicht folgen.

Neben Cristina sind 15 weitere Personen angeklagt - darunter Kirchners einstiger Infrastrukturminister Julio De Vido und José López, einst Staatssekretär für öffentliche Bauten. Beide sitzen bereits wegen anderer Verfahren in Haft.

Auch Kirchner kämpft juristisch an mehreren Fronten. In der Causa „Hotesur“, bei der Cristinas Geschäftsgebaren mit ihren Hotels in El Calafate unter die Lupe genommen wird, erklärte sich nun ihr einstiger Buchhalter Víctor Manzanares bereit, als Kronzeuge zu fungieren. Er



Cristina steht wegen der Bevorzugung von Lázaro Báez vor Gericht.

ist bereits in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen und von der Haftanstalt Ezeiza an einen geheimen Ort gebracht worden.

Im Korruptionsfall, der sich auf die Tagebuchaufzeichnungen des Chauffeurs Oscar Centeno stützt (wir berichteten), gab es zuletzt dramatische Schlagzeilen. Der Journalist Horacio Verbitsky hatte auf seinem Blog über die Einleitung gegen einer richterlichen Ermittlung gegen den für den Fall zuständigen Staatsanwalt Carlos Stornelli berichtet. Der Korruptionsankläger habe durch einen Mittelsmann Geschäftsleute erpressen lassen, damit diese in dem Prozess gegen führende Mitglieder der Kirchner-Regierung aussagten, so der Vorwurf.

Dies wiederum rief die Abgeordnete Elisa Carrió auf den Plan. Die Bündnispartnerin der Macri-Regierung brachte eine Anzeige gegen den in U-Haft sitzenden Roberto Baratta auf den Weg. Der einstige Staatssekretär im Infrastrukturministerium und Chef von Centeno habe aus dem Gefängnis Ezeiza eine „Operation“ gegen Stornelli eingefädelt.

Die Woche in Argentinien

Botschafter auf Prüfstand

Gegen den argentinischen Botschafter in Deutschland, Edgardo Malaroda, läuft derzeit eine dienstliche Untersuchung. Dies berichtet die Zeitung „Clarín“ unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Quellen im Außenministerium. Gegen den Diplomaten, der im vorigen Jahr als Botschafter in Berlin akkreditiert wurde, sind Vorwürfe seitens des Botschaftspersonals laut geworden. Langjährige Mitarbeiter der argentinischen Auslandsvertretung an der Berliner Kleiststraße beschwerten sich offiziell wegen Mobbing durch ihren Dienstherrn und dessen Frau. Auch soll der Botschafter Benzin für seinen Privatwagen mit der Geldkarte der Botschaft bezahlt haben, zitiert die Zeitung den Botschaftschauffeur. Des Weiteren wird berichtet, dass Malaroda auf sozialen Netzwerken freie Personalstellen für die Botschaft habe ausschreiben lassen, was einen Verstoß gegen die Sicherheitsstandards des Außenministeriums darstelle. Malaroda wies gegenüber dem Tageblatt die Vorwürfe als „falsch und böswillig“ zurück. Er erklärte: „Ich möchte klarstellen, dass ich Opfer einer politischen Operation bin, die das Ziel hat, meine Beförderung in den Rang eines Botschafter innerhalb des diplomatischen Dienstes zu verhindern.“ Seine Frau und er hätten stets einen „herzlichen und respektvollen Umgang“ mit den Angestellten der Botschaft gepflegt. Malaroda hat seit seinem Dienstantritt in Berlin zahlreiche Initiativen gestartet, um das bilaterale Verhältnis mit Leben zu füllen. Einen besonderen Akzent hat er dabei auf den Ausbau von Städtepartnerschaften gesetzt (wir berichteten).

Zerstrittene Brüder

Zwischen den Brüdern Adolfo und Alberto Rodríguez Saá ist derzeit eine Fehde entbrannt. Es geht um die Macht in der Provinz San Luis, die sich die beiden Brüder praktisch seit 1983 teilen. Doch aktuell können sie sich nicht darauf verständigen, wer die Geschicke des Gliedstaats im Westen des Landes in den kommenden vier Jahren lenken soll. Alberto strebt eine Wiederwahl als Gouverneur an. Zu diesem Zweck brachte er den Provinzkongress der Peronistischen Partei (PJ) auf seine Seite, der angesichts der angespannten Situation unter Polizeischutz abgehalten wurde. Aber auch Adolfo, der derzeit als Senator im Kongress der Nation fungiert, hat Ansprüche angemeldet. Per Videobotschaft meldete sie sich in den sozialen Medien zu Wort und erklärte, dass Alberto die Bevölkerung der Provinz „unterdrücke“ und „körperliche wie psychische Gewalt“ ausübe. Auch wenn man ihn aus der Partei ausschließe, werde er der nächste Gouverneur der Provinz werden, kündigte Adolfo an. Es

läuft nun alles darauf hinaus, dass die Brüder getrennte Listen aufstellen und gegeneinander antreten. Bereits im April stehen in San Luis die Vorwahlen an.

Konferenz in Buenos Aires

Der G20-Gipfel ist kaum mehr als zwei Monate her, da rüstet Buenos Aires schon zum nächsten großen internationalen Treffen: Vom 20. bis 22. März (Mittwoch bis Freitag) findet in der argentinischen Hauptstadt die UN-Konferenz zur Süd-Süd-Kooperation statt, zu der fast 1500 Teilnehmer aus den 193 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen erwartet werden. „Das Wichtige der Konferenz ist, dass sich Vertreter der Länder und internationaler Organisationen hier treffen, um Initiativen zu entwickeln, die mit Themen wie Landwirtschaft, Medizin sowie Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen zu tun haben“, sagte Außenminister Jorge Faurie. Argentinien sei als Gastgeber auch deswegen prädestiniert, da es an mehr als 165 Projekten mit 38 Ländern beteiligt sei - sowohl im lateinamerikanischen und karibischen Raum sowie in Afrika und Asien.

Wahlen in Misiones

Der Wahltermin für die Provinz Misiones steht. Wie Gouverneur Hugo Passalacqua am Wochenende per Twitter mitteilte, werde in dem Gliedstaat im Dreiländereck am 2. Juni gewählt. Dabei geht es nicht nur um die Besetzung des Postens des Verwaltungschefs und seines Stellvertreters, sondern auch um 20 Sitze im Provinzparlament, was der Hälfte aller Mandate entspricht. Damit weicht Misiones von den Wahlterminen auf nationaler Ebene ab, wo am 11. August (Vorwahlen), 27. Oktober (Hauptwahlen) und 24. November (mögliche Stichwahl) Urnengänge anstehen. Somit haben fast alle Gliedstaaten ihre Wahlen terminiert (wir berichteten). Lediglich Tucumán und der Chaco haben sich noch nicht festgelegt.

Antisemitismus im Netz

53 Prozent aller antisemitischer Vorfälle, die zur Anzeige gebracht wurden, ereignen sich in den sozialen Netzwerken. Darüber informiert der Dachverband der jüdischen Vereinigungen in Argentinien (DAIA) in einer aktuellen Pressemitteilung. Die Zahlen stammen aus einer Studie des Zentrums für Soziale Studien, das der DAIA angehört. Am zweithäufigsten finden sich antisemitische Ausfälle in den Freiräumen, die Kommunikationsmedien ihren Konsumenten für Kommentare und Interaktionen zur Verfügung stellen. (AT/mc)

Die gebrochene Loyalität

Von Juan E. Alemann

Die Kirchner-Korruption funktionierte gemäß den Regeln der Mafia. All die, die an einem konkreten Korruptionsfall beteiligt waren, sagten vor dem Richter das Gleiche aus: Sie hatten nie Schmiergelder gezahlt oder empfangen, und sie wussten sonst über den Fall gar nichts. Es war alles gelogen, aber weder der Staatsanwalt noch der Richter konnten dies nachweisen. Unangenehme Zeugen wurden bedroht, belästigt und gelegentlich sogar umgebracht. Das geschah auch bei Journalisten, wobei diese oft für ihr Schweigen oder eine falsche Darstellung der Tatsachen bezahlt wurden.

Bei diesem Verhalten hatten Staatsanwälte und Richter bei der Untersuchung der Korruption große Schwierigkeiten und noch mehr, wenn es darum ging, zu ermitteln, was mit dem gestohlenen Geld geschehen ist. Die Prozesse schritten mühsam voran, wobei noch die Tatsache hinzukam, dass Richter und Staatsanwälte unter Druck gesetzt wurden, und denjenigen, die sonstwie Dreck am Stecken hatten, mit der Absetzung gedroht wurde.

Dieses System der Loyalitäten, des gegenseitigen Schutzes, der Bedrohung und der Anwendung von Gewalt, ist jetzt zusammengebrochen. Das Gesetz über reuige Angeklagte hatte die Wirkung einer Atombombe. Viele Angeklagte, die in konkreten Korruptionsfällen mitgemacht haben oder auf alle Fälle den Sachverhalt genau kennen, erzählen jetzt allerlei Einzelheiten, die diejenigen belasten, die den Löwenanteil der entwendeten Gelder erhalten haben. Also an erster Stelle Cristina Kirchner, und an zweiter ihre Minister, Staatssekretäre und Unternehmer, die ihre Partner oder Strohmänner waren.

Das Gesetz sieht vor, dass derjenige, der Daten liefert, die dem Richter dienen, um die Hauptverantwortlichen zu verurteilen, eine Ermäßigung der Strafe erhält. Eine

Sache ist es, zehn Jahre und eventuell mehr in einer Gefängniszelle zu sitzen. Eine andere ist es, nur drei Jahre Haft zu erhalten, die dann effektiv nicht vollzogen wird. Allein der Gedanke, in einer Gefängniszelle zu sitzen, die schmutzig, im Winter sehr kalt und im Sommer heiß ist, mit schlechter Verpflegung, bedingt das Verhalten der Angeklagten. Es gibt keine Loyalität mehr, sondern nur das Prinzip "rette sich, wer kann".

Hinzu ist zufälligerweise die Information gekommen, die der Chauffeur Centeno in Heften genau notiert hatte, die an den Journalisten Diego Cabot gelangten, der sie ordnete und Richter Claudio Bonadío übergab. Centeno fuhr den Vertrauensmann von Planungsminister Julio de Vido, Roberto Baratta, zu denjenigen Unternehmern, die Schmiergelder zahlten, und lieferte die Beträge dann in der Wohnung von Cristina Kirchner oder woanders ab. Den Unternehmern blieb danach nichts anderes übrig, als diese Zahlungen zuzugeben. Wie sie sich dann aus der juristischen Schlinge ziehen, ist eine andere Frage. Auf alle Fälle haben sie eine viel geringere Verantwortung als die Beamten, die das Geld forderten.

In letzter Zeit sind mehrere Zeugen hinzugekommen, die viel zu erzählen haben: der Buchhalter der Kirchners, Victor Manzanares, ein ehemaliger Schatzminister in San Cruz Namens Campillo, der Financier der Kirchners, Ernesto Clarens, der Privatsekretär von Cristina, Isidro Bounine, die Gattin des verstorbenen Kirchner-Sekretärs Daniel Muñoz, Carolina Pochetti u.a. Von dieser wurde auch Bundesrichter Luis Rodríguez beschuldigt, hohe Schmiergelder empfangen zu haben. Und das Schlimmste: Manzanares gab zu, dass die Vermögenserklärung von Cristina K. nicht in Ordnung war, jedoch von Richter Oyarbide ohne Prüfung als richtig eingestuft wurde. Das bedeutet, dass der Fall jetzt neu aufgerollt werden kann.

Im Blickfeld

Zeichen setzen

Von Antje Waldschmidt

In der Haut der Spanier möchte man dieser Tage nicht stecken. Denn eines steht ihnen nicht bevor - rosige Zeiten. Die Nation ist tief gespalten: Einerseits die Verfechter der Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien, andererseits die Verteidiger ihrer Einheit. Und während in Madrid der Prozess gegen zwölf katalanische Separatisten läuft, muss die Regierung unter dem Sozialisten Pedro Sánchez wegen des Streits mit der Region womöglich Neuwahlen ansetzen. Die Situation ist vertrackt. Ein hartes Urteil könnte die Nation weiter spalten und spanische Demokratie vor eine Zerreißprobe stellen.

Seit Dienstag befindet sich ein Großteil der ehemaligen katalanischen Regierung sowie die Parlamentspräsidentin vor Gericht. Drei Monate sind für den Prozess angesetzt. Den Anwesenden wird im Zusammenhang mit dem von Madrid untersagten Referendum zur Unabhängigkeit am 1. Oktober 2017 Rebellion, Aufruhr und Veruntreuung öffentlicher Gelder vorgeworfen. Nicht auf der Anklagebank sitzt der Hauptakteur: der ehemalige Regierungschef Carles Puigdemont. Der verweilt geschützt im Ausland. Das mag daran liegen, dass die vom Gericht zu klärende Kernfrage: „Ob es den Tatbestand der „Rebellion“ gab?“, genauso absurd ist, wie die für die Angeklagten geforderten Strafen von bis zu 25 Jahren.

Eine „Rebellion“ ist ein organisierter, gewalttätiger Widerstand, um eine bestehende Staatsordnung zu Grunde zu richten. Doch derartige Gewalt hat es in Katalonien in Vorbereitung auf das Referendum nicht gegeben. Im Gegenteil: Es war die Polizei, die beim Unabhängigkeitsreferendum Gewalt gegen die Demonstranten einsetzte. Die Richter in Deutschland und Belgien haben

die Auslieferung Puigdemonts abgelehnt. Die Juristen des Oberlandesgerichts in Kiel hielten den Vorwurf der „Rebellion“ für unbegründet. Die Angeklagten könnten daher maximal wegen Aufruhr und Veruntreuung zur Rechenschaft gezogen werden. Das würde das Strafmaß drastisch reduzieren.

Natürlich sind die Verfechter der Unabhängigkeit Kataloniens - für Viele - zu weit gegangen. Spanien ist ein demokratischer Rechtsstaat, in dem Katalonien wie die anderen 16 Gemeinschaften umfangreiche Autonomierechte und Kompetenzen besitzt. Ähnlich denen eines deutschen Bundeslandes. Die Unteilbarkeit des Landes ist in der spanischen Verfassung von 1978 festgeschrieben. Und dieser hatte auch eine einschlägige Mehrheit von mehr als 90 Prozent der Katalanen zugestimmt. Insofern war das Referendum illegal. Das Ergebnis unglaublich.

Dennoch gibt es in Spanien eine Tradition katalanischen Widerstandes gegen die Zentralregierung: Unter dem Faschisten Francisco Franco wurde die Region zur Hochburg des Kampfes. Heute sehen sich die erfolgreichen Katalanen vor allem wirtschaftlich benachteiligt, da sie besonders viele Steuern abführen müssen. Hier hat die Zentralregierung versäumt, gegenzusteuern und Katalonien zum Beispiel eine stärkere Präsenz in Finanzfragen zu geben. Für einen eigenen Staat sprechen sich sowohl rechte als auch linke Kräfte - konservative Politiker ebenso wie linksradikale Jugendverbände - aus. Es handelt sich hierbei um eine politische Bewegung mit Forderungen, die nach politischen Antworten sucht. Nicht nach strafrecht-

licher Verfolgung. Und dass sich gefühlte Benachteiligung nicht durch Strafmaßnahmen ersticken lässt, wissen wir bereits: Das nicht erst seitdem es auch in Deutschland wieder ausländerfeindliche Bewegungen wie Pegida gibt.

Spaniens Regierung wäre daher dringend geraten, eine politische Lösung zu finden. Doch das schafft sie nicht. Die Sozialisten um Sánchez haben weder Mut noch Macht, einen Dialog mit konfrontativen Punkten - wie zum Beispiel die Debatte um eine Volksabstimmung in beiderseitigem Einvernehmen, wie 1995 in Quebec - einzuleiten. Stattdessen scheint die stark politisierte Justiz in Madrid der letzte Ausweg, um die staatliche Bedrohung der Unabhängigkeitsbewegung anzugehen. Mit harten Urteilen gegen deren Politiker will das Gericht im Sinne Madrids wohl ein Exempel statuieren. Doch wie sollen 25 Jahre Gefängnis für einen Großteil der ehemaligen katalanischen Regierung gerechtfertigt werden? Wie erklärt man, dass eine ultrarechte Partei wie Vox als Nebenkläger einen Platz im Verfahren hat? Und was bringt der Prozess, wenn der Hauptakteur von den europäischen Nachbarn geschützt wird? Madrid hat sich mit der Einleitung des Separatistenprozesses verrannt.

Ein Zeichen gegen das illegale Referendum zu setzen, ist sicherlich von Nöten - und gleichzeitig lehrreich für Europa. Denn nicht nur Katalanen, sondern auch Basken, Flamen, Korsen, Norditaliener und Schotten träumen von ihrer Souveränität in Europa. Sie alle blicken nun nach Spanien. Doch auch ein hartes Urteil der Justiz kann die Unabhängigkeitsbewegung in Spanien nicht im Keim ersticken. Das ist das falsche Zeichen, um diesen politischen Konflikt zu lösen. Nein - ganz im Gegenteil: Die Einheit der Nation, der innere Zusammenhalt und die Demokratie im Land, geraten immer mehr ins Wanken.

Schon jetzt - knapp anderthalb Jahre nach dem Referendum - eint die feindlichen Fronten einzig gegenseitiges Unverständnis. Madrids harter Kurs entfacht weiter Frust bei den Separatisten - der Riss durch die Gesellschaft wird tiefer. Spaniens Demokratie stehen keine rosigen Zeiten bevor.

Tageblatt-Mitarbeiterin Antje Waldschmidt hat in Potsdam und Barcelona Politikwissenschaften studiert.

Randglossen

Der Skandal mit den Centeno-Heften hat eine nicht beabsichtigte Folge gehabt: Die Unternehmer können keine Beiträge für Wahlkampagnen leisten, vor allem nicht an die drei der Regierungskoalition Cambiemos, weil sie dann beschuldigt werden können, mit diesen Mitteln Vorteile bezahlt zu haben, wie etwa staatliche Bauaufträge oder Maßnahmen, die sie begünstigen. Das soll jetzt durch ein Gesetzesprojekt gelöst werden, das im März vom Kongress behandelt wird. Dabei sollte auch das steuerliche Problem gelöst werden, das darin besteht, dass Beiträge für die Politik nicht wie andere Ausgaben behandelt werden, also nach Abzug der Gewinnsteuer gezahlt werden. Dadurch sollte auch der Zustand behoben werden, dass diese Beiträge weitgehend schwarz gezahlt werden. Ohnehin trägt Cristina Kirchner mit ihrem schwarzen Vermögen intensiv zu ihrer politischen Tätigkeit bei, ohne dass die Regierung es zu verhindern versucht.

Gut, wenigstens der Tunnel soll offen bleiben, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlässt. Selbst bei einem harten Brexit. So will es die EU-Kommission. Allerdings könnte hier der Wunsch Vater des Gedankens sein, die Kommission wollte auch, dass Großbritannien in der EU bleibt. Vielleicht gibt es auf der Insel ja bald eine zweite Volksabstimmung, in der es darum geht, ob man den 1994 eröffneten Eisenbahntunnel nach Frankreich

schließt. Viele Tunnel-Fans unter den Brexiteers gibt es sicher nicht. Es wird eine harte Kampagne geben, aber schließlich wird eine knappe Mehrheit der Briten davon überzeugt sein, dass alles Böse aus diesem dunklen Loch kommt.

Premierminister Boris Johnson, der bis dahin seine konservative Parteifeindin Theresa May abgelöst hat, konnte die Briten überzeugen. Er hatte behauptet, durch den Tunnel seien schon Tierseuchen und Flüchtlinge auf die Insel gekommen. Das hat auch den mächtigen Allenglischen Verband der Katzenfreunde überzeugt. Natürlich muss es eine Übergangszeit geben. In der will das britische Unterhaus beraten, ob der Tunnel zugemauert, zugeschüttet oder geflutet wird. Die unterlegenen Gegner der Schließung, unterstützt von Teilen der Labour-Opposition, fordern, die Verbindung nicht ganz zu kappen, sondern den britischen Teil für die Champion-Zucht zu nutzen. Weil sich das Unterhaus nicht einigen kann und Frankreich vor der Welthandelsorganisation klagt, fahren noch bis 2093 Züge durch den Kanaltunnel. In diesem Jahr endet die 99-jährige Pacht der Betreibergesellschaft. Es sei denn, es findet vorher ein Referendum über Großbritanniens Austritt aus der WTO statt.

Argentinische Präsenz auf der Messe Fruit Logistica

Vom 6. bis 8. Februar 2019 hat die Fruit Logistica auf dem Messegelände der Messe Berlin stattgefunden. Zu diesem jährlichen Mega-Event trafen sich mehr als 3.200 Aussteller auf der weltweit größten Fachmesse für Obst und Gemüse, Logistik und Transport.

Dank der Vielfalt des Klimas in Argentinien ist die Auswahl an Obst und Gemüse argentinischer Produktion immens. Der argentinische Obst- und Gemüsektor, mit mehr als 50 Unternehmen aus verschiedenen Regionen des Landes, traf sich an den drei Tagen mit Kunden aus der ganzen Welt und präsentierte sein herausragendes Exportangebot: u.a. Zitronen, süße Zitrusfrüchte, Birnen und Äpfel, Blaubeeren, Pflaumen, Kirschen, Erdbeeren, Trauben, Feigen, Pfirsiche, Knoblauch und Zwiebeln.

Verantwortlich für den argentinischen Pavillon ist die Argentinische Agentur für Investitionen und interna-

tionalen Handel. Der sorgfältig gestaltete und mit dem Logo des Markenzeichens des Landes versehene Pavillon mit einer Fläche von 890 m² befindet sich in der Halle 25. Zudem, ist der Bundesinvestitionsrat Argentiniens mit 130 m² in der selben Halle vertreten, ebenso wie sechs weitere argentinische Unternehmen, die ihre Produkte an eigenen Ständen präsentieren.

Am Mittwoch, den 6. Februar 2019, nahm der argentinische Botschafter in Deutschland, Edgardo Malaroda, an der offiziellen Einweihung des Pavillons teil, und sprach mit argentinischen Geschäftsleuten, um die Argentinische Botschaft sowie die Konsulate in Bonn, Hamburg und das Generalkonsulat und Förderzentrum in Frankfurt den argentinischen Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Staatsschuld wegen Abwertung von 57% auf 95% des BIP gestiegen

Die UNO-Kommission für Lateinamerika und die Karibik, als CEPAL bekannt, hat ermittelt, dass die Staatsverschuldung Argentiniens infolge der starken Abwertung des Jahres 2018 stark zugenommen hat, eben weil 75% der Staatsschuld in Dollar u.a. Wahrungen besteht, und nur 25% in Pesos, wobei ein Teil dieser Schuld wertberichtigt ist. Zwischen Mitte 2017 und Mitte 2018 ist die Staatsschuld, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt um 20 Prozentpunkte gestiegen. Doch im 2. Halbjahr 2018 fand eine weitere Zunahme statt, so dass man per Ende 2018 auf 97,7% gerät. Doch in absoluten Werten erreichte die Staatsschuld per Ende September 2018 u\$s 308 Mrd, gegen u\$s 321 Mrd. ein Jahr zuvor.

In Brasilien liegt die Staatsschuld per Ende 2018 bei 77,2% des BIP. In Lateinamerika folgt dann Costa Rica mit 52%. Doch in ganz Süd- und Mittelamerika, einschließlich der Karibik, liegt die Staatsverschuldung unter 50%.

Der Fall Argentinien weist jedoch Besonderheiten auf. Von der Staatsschuld entfallen 37% auf innerstaatliche Schulden, bei denen der Gläubiger die ZB, die ANSeS, die Banco Nación u.a. staatliche Ämter sind. Bei dieser Schuld handelt es sich im Wesen nur um eine Form der staatlichen Buchhaltung, da diese Schulden bei Verfall automatisch erneuert werden, und ein legales Vorgehen gegen das Schatzamt nicht in Frage kommt. Bei Vereinheitlichung

der Staatskasse würden diese Schulden verschwinden, weil Schuldner und Gläubiger der Gleiche sind. Ohne diese Schuld ist die argentinische Staatsschuld von 29% des BIP Ende 2017 auf 58% Ende 2018 gestiegen. Der Anteil der innerstaatlichen Staatsschuld stieg von 9% 2007 auf 18% 2008, als Folge der Verstaatlichung des privaten Rentensystems, so dass die Reserven der privaten Rentenanstalten, die zum Teil auch in Staatspapieren bestanden, auf die ANSeS übertragen wurden. Danach nahm die innerstaatliche Staatsverschuldung Jahr zu Jahr weiter zu.

Von der Staatsschuld entfallen 13% auf die Weltbank, die BID, die Andenkörperschaft, den IWF u.a. internationale Finanzanstalten. Im Vorjahr waren es noch 5%. Die Zunahme ist auf den Kredit des Internationalen Währungsfonds zurückzuführen, der Mitte 2018 erteilt wurde. Hier wird nur der ausgezahlte Betrag genommen. Die meisten dieser Kredite werden niedrig verzinst und langfristig gezahlt, so dass sie bei Finanzkrisen, in denen sich andere Gläubiger zurückziehen, nicht wirken. Was den Kredit des IWF betrifft, der mittelfristig ist, so wird vorweggenommen, dass eventuell über einen Zahlungsaufschub verhandelt werden kann, weil der Fonds schließlich Argentinien helfen und nicht finanziell ersticken will.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 39,21, gegen \$ 38,59 in der Vorwoche. Der Grossistenkurs lag am Mittwoch zum ersten Mal in drei Wochen über der Interventionsgrenze. Die ZB hatte sich bereit erklärt u\$s 25 Mio. zu kaufen, aber es genügten u\$s 18 Mio. um den Kurs zu heben. Die ZB-Reserven lagen bei u\$s 67,05 Mrd., gegen u\$s 67 Mrd. eine Woche zuvor. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.1.20 bei \$ 54,32, was einen Jahreszinssatz von 36,02% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires stieg in einer Woche zum Mittwoch um 0,84% und lag somit um 22,27% über Ende Dezember 2018.

Die Staatstitel lagen in einer Woche zum Mittwoch im Zeichen der Baisse. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentinien 2019: - 0,15%; Argentinien 2021: -0,10%; Argentinien 2026: -1,98%; Argentinien 2046: -1,96%; Bonar 2024: -0,25%.

Der Index der Konsumentenpreise des Statistischen Amtes (INDEC), der sich auf die Preisentwicklung im ganzen Land bezieht, verzeichnet im Januar 2019 eine Zunahme von 2,9%, und in 12 Monaten zum Januar eine von 49,3%, nachdem es im Dezember noch 47,6% gewesen waren. Der Januar-Index wurde durch Tarifierhöhungen beeinflusst. In der Stadt Buenos Aires erreichte die Zunahme im Januar 3,8%, u.a. weil der öffentliche Personentransport, der ab Januar verteuert wurde, eine starke Wägung hat. Die Regierung erwartete für Januar eine geringere Zunahme, u.a. weil Ausverkäufe von Sommerbekleidung vorverlegt wurden und ein höheres Angebot an Gemüse bestand. Indessen hat sich auch die Tatsache ausgewirkt, dass in den Vormonaten die Grossistenpreise stärker als die Einzelhandelspreise gestiegen waren, so dass die Abwälzung verspätet auftritt.

Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) am Mittwoch bei 24 Karat zu \$ 1.497,82 je Gramm gehandelt (Vorwoche: \$1.506,01). Gold zu 18 Karat wurde nicht gehandelt.

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 11.2.19 um 23,48%, und das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, nahm um 10,18% zu.

Die gesamten Bankdepositen in Pesos stiegen in 12 Monaten zum 11.2.19 um 36,53% auf \$ 2,90 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 11,68% auf \$ 1,61 Bio. zu. Die Kredite stiegen weit unter der Inflation, so dass in einem Jahr eine reale Abnahme von ca. 23% stattfand. Die gesamten Dollardepositen stiegen in der gleichen Periode um 6,57% auf u\$s 33,60 Mrd., und die gesamten Dollar-kredite blieben praktisch unverändert bei u\$s 15,93 Mrd.

Der von der Regierung von Abu Dhabi, der Vereinigten Arabischen Emirate, kontrollierte Investmentfonds "Investment Council" (ADIC) hat eine zusätzliche Investition von u\$s 55 Mio. im lokalen Erdölunternehmen "Vista Oil & Gas" (vom ehemaligen YPF-Vorsitzenden Miguel Gallucio) angekündigt. Mit diesen Mitteln werden die Bohrungen im Gebiet Vaca Muerta intensiviert.

Die Weltbank erteilte Argentinien einen Kredit von u\$s 150 Mio., der zur Finanzierung des Programms für die Behandlung von landwirtschaftlichen Risiken (GIRSAR, Gestión integral de los riesgos en el sistema agroindustrial rural) bestimmt ist, das insgesamt u\$s 187,5 Mio. kosten soll.

Der Construya-Index, den die Fabrikanten von Bau-

materialien auf Grund ihrer Lieferungen berechnen, lag im Januar um 20,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber um 3,29% über Dezember 2018.

Die Firma Tecpetrol, die zum Techint-Konzern gehört, hat einen Verwaltungsrekurs gegen die Maßnahme des Energiesekretariates vorgelegt, die bestimmt hat, dass die Regierung die Subventionen nur auf die Gasmenge zahlt, deren Förderung ursprünglich vorgesehen war. Statt 8,5 Mio Cbm. sollen es schließlich dieses Jahr 17 Mio. Cbm sein. Für den Überschuss auf 8,5 Mio. Cbm. erhält Tecpetrol den normalen Preis von u\$s 4 je Mio. BTU, statt der u\$s 7, die im Konzessionsvertrag vorgesehen waren. Der Verlust wurde von der Firma für ganz 2018 auf \$ 5,65 Mrd. veranschlagt. Das Kriterium der Regierung umfasst die Monate April bis Oktober 2018. Der subventionierte Preis von u\$s 7 je Mio. BTU gilt bis Dezember 2021, so dass die Differenz des offiziellen Kriteriums (das er nur auf die geplante Menge gezahlt wird) und der Firma (dass er auf die ganze effektiv geförderte Gasmenge gezahlt wird) sehr groß ist. Der Rekurs hat juristisch keine große Bedeutung. Wenn er, wie zu erwarten, abgelehnt wird, kann Tecpetrol Klage vor Gericht einreichen.

Die lokale Produktion (eigentlich Montage) von Mobiltelefonen ist 2018 um 28% auf 7,8 Mio. Einheiten gefallen. Doch bei diesen Telefonen ist der Verkauf der hochwertigen gestiegen, während die einfacheren einen stärkeren Rückgang ausgewiesen haben. Dies teilt die Kammer der Branche, AFARTE, mit. Der Rückgang des letzten Jahres beruht weitgehend auf einer Marktsättigung, nachdem der Bestand an Mobiltelefonen schon weit über der Bevölkerung liegt, so dass sehr viele Menschen zwei Mobiltelefone haben, was nicht viel Sinn hat.

Die AFIP hat den Zinssatz auf Steuerschulden von 3% auf 4,5% erhöht, und bei Schulden, bei denen schon ein

Gerichtsverfahren eingeleitet wurde, von 4% auf 5,6%. Ab April werden diese Zinsen dann in jedem Quartal nach einer Formel festgesetzt, bei der der Zinssatz auf Fristdepositen der Banco Nación auf 180 Tage (der am 20. des Vormonats gezahlt wurde) mit 1,2, bzw. 1,5 multipliziert wird.

Die ZB hat den Betrag an Leliq-Schatzwechsellern, die eine Bank halten kann, auf 65% der Depositen (ausgenommen derjenigen, die Finanzanstalten halten) beschränkt. Das muss bis April eingehalten werden. Doch Ende Februar dürfen es höchstens 100% und Ende März höchstens 80% sein. Diese Maßnahme beschränkt indirekt den Einsatz von Auslandsdollar für den Kauf von Leliq, die über lokale Finanzanstalten investiert werden. Es wird erwartet, dass bei Beschränkung der Leliq-Käufe mehr Devisen gekauft werden, so dass der Kurs sich ohne ZB-Intervention innerhalb der festgesetzten Bandbreite halt.

Das Institut IARAF, das sich mit Steuerstudien befasst, geleitet von Nadin Argañaraz, hat ermittelt, dass es in Argentinien 163 verschiedene Steuern und Gebühren gibt, von denen 40 national, 41 provinziell und 82 Gemeindegebühren sind. Gemessen am Erlös steht die Mehrwertsteuer an erster Stelle, gefolgt von den Sozialabgaben (ANSeS), der Gewinnsteuer und der provinziellen Bruttoumsatzsteuer. Danach kommen, mit viel geringeren Beträgen, die Schecksteuer, die Exportzölle, die Importzölle, die Brennstoffsteuern und die internen Steuern. Zehn Steuern machen 90% der gesamten Einnahmen aus.

Im Jahr 2018 lag der Rindfleischexport mengenmäßig um 77% und wertmäßig um 50% über dem Vorjahr, sodass Argentinien als Fleischexporteur weltweit vom 14. Platz auf den siebten aufstieg, hat die Consulting-Firma Ecolatina ermittelt.

Die Regierung hat zwei staatliche Wärmekraftwerke, eines in Santa Fe (Central Brigadier López) und das andere in der Provinz Buenos Aires (Central Barragán) zum Verkauf ausgeschrieben und dabei folgende Offerten erhalten. 1. Für Brigadier López bot Central Puerto (die ein Kraftwerk in der Bundeshauptstadt betreibt und Guillermo Roca, Eduardo Escasany und Nicolás Caputo gehört) u\$s 325,59 Mio. von denen u\$s 161,12 Mio. auf die Übernahme von Schulden des Unternehmens entfallen. Hinzu kommen noch u\$s 50 Mio, die der Käufer für die Beendigung des kombinierten Zyklus investieren muss. 2. Für Barragán bot Central Puerto u\$s 583,53 Mio. und YPF u\$s 533,43 Mio. Hier kommen noch u\$s 150 Mio. für die Beendigung des kombinierten Zyklus hinzu. Es handelt sich um zwei wichtige Privatisierungen, die dem Schatzamt Mittel bringen und den Staat von der Betreibung der Kraftwerke befreit, eine Tätigkeit, bei der der Staat ineffizient ist, so dass bei der Privatisierung Fortschritte auf diesem Gebiet erwartet werden.

Die Holzwirtschaft (Forstwirtschaft, Holzproduktion, Möbelproduktion) wies 2018 einen Rückgang von 8,9% gegenüber dem Vorjahr aus, hat der Verband FAI-MA (Federacion Argentina de la Industria Maderera y Afines) ermittelt, bei abnehmender Tendenz innerhalb des Jahres, sodass Dezember 2018 um 12% unter Dezember 2015 lag. Im Dezember 2018 lag die Tätigkeit der Möbelindustrie um 37,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat, und die der Holzindustrie und verschiedener Holzprodukte um 16,7% niedriger als im Vorjahr.

Die mit Kreditkarten bezahlten Käufe lagen im Januar 2019 mit \$ 388,23 Mio. um 25% über dem Vorjahr, was bei einer Inflation von 45% einen Verlust von 20 Prozentpunkten bedeutet, hat die Firma The First Capital Group ermittelt. Der reale Rückgang ist auf die Rezession und die hohen Zinsen zurückzuführen, nachdem das Programm der subventionierten Zinsen bei Zahlungen in monatlichen Raten aufgehört hat.

Die Regierung hat die Fristen, die in den sogenannten PPP-Verträgen über öffentlich-private Zusammenarbeit für Infrastrukturinvestitionen vorgesehen waren, um

90 Tage verlängert. Es handelt sich hier um die schon zugeteilten sechs Objekte, die sich auf Bau von Autobahnen und Straßen beziehen, bei denen die Arbeiten schon begonnen wurden, aber eben mehr symbolisch als effektiv. Die Unternehmen haben Schwierigkeiten bei der Finanzierung, die unter den gegenwärtigen Bedingungen so teuer ist, dass die Rechnung mit den Kosten nicht aufgeht. Sie meinen, dass die Landesrisikorate auf 300 Punkte zurückgehen muss (heute sind es 675 Punkte), damit die Zinsen tragbar sind. Der von der Regierung geschaffene Treuhandfonds hatte nicht den erwarteten Erfolg. Nur die Banco Nación hat zum Fonds mit u\$s 500 Mio. beigetragen. Gleichzeitig hat die Regierung beschlossen, zunächst keine weiteren PPP-Projekte auszuschreiben.

Die Regierung hat durch Beschluss 68/2019 des Schatzministeriums verfügt, dass die Sekretariate für Außenhandel und für Industrie (beide abhängig vom Produktions- und Arbeitsministerium) über die Genehmigung von Importen von Kapitalgütern für große Investitionsprojekte entscheiden werden. In diesem Fall werden die Importzölle und -gebühren erlassen, wobei auch Ersatzteile für 5% des Wertes der importierten Maschinen und Anlagen zollfrei sind. Dieses System soll der Industrie eine Modernisierung und Erweiterung erleichtern. Hinzu kommt gegenwärtig noch der Umstand, dass die Institute zur Versicherung politischer Risiken (Hermes, Coface u.a.) wieder Kapitalgüterlieferungen nach Argentinien versichern, so dass die Banken Kredite vergeben.

Die Europäische Union hat 8 argentinischen Unternehmen erlaubt, Biodieselöl ohne den Sonderzoll zu liefern, unter der Bedingung, dass sie einen Mindestpreis einhalten, wobei auch die Menge nicht höher als die vor 2012 erreichten Jahreslieferungen sein darf. Es wird dabei für 2019 mit Exporten von ca. U\$s 1 Mrd. gerechnet. Die Maßnahme der EU begünstigt Argentinien, widerspricht aber den Normen der Welthandelsorganisation, die weder Mindestpreise noch Mengenbeschränkungen vorsehen.

Die Auslastung der Kapazität der Industrie lag im

Dezember 2018 bei 56,6%, gegen 64,0% im gleichen Vorjahresmonat, berichtet das INDEC. Der Koeffizient liegt sogar unter dem von 2002, als er nur 60,8% betrug. Die höchste Auslastung wurde 2010 mit 82,9% erreicht. Diese Zahlen sind relativ, weil die Auslastung auch von der Zusammensetzung der Produktion abhängt. Ebenfalls werden Maschinen und Anlagen hinzugerechnet, die technologisch überholt sind und nur ausnahmsweise eingesetzt werden.

Der Gouverneur der Provinz Santa Fé, Miguel Lifschitz, beabsichtigt die Rückverstaatlichung der vor 21 Jahren privatisierten Provinzbank, die jetzt Nuevo Banco de Santa Fé heißt und dem Petersen-Konzern gehört, bei dem man nicht weiß, wie weit die Familie Eskenazi noch Besitzerin ist. Lifschitz will eine Bank, die vornehmlich subventionierte Kredite für produktive Tätigkeiten vergibt. Wer die Subvention tragen soll, hat er nicht erwähnt.

Die Regierung hat ein Grundstück, das neben der Mitre Bahn (in der Nähe der Station Colegiales) liegt, für u\$s 5,6 Mio. verkauft, wobei es nur eine Offerte gab, die der Firma Emfisa, die den Zuschlag erhielt. Binnen zwei Monaten werden weitere Grundstücke der Gegend verkauft.

Die ZB hat am Dienstag Leliq-Wechsel des Schatzamtes zu 44,35% untergebracht. Die Zinsverringerung, die im Januar eingesetzt hat, hat sich in den letzten zwei Wochen verstärkt. Im Oktober lag die Leliq-Rendite noch über 70%. Die ZB verkaufte am Dienstag Leliq für \$ 190 Mrd., wobei gleichzeitig Leliq für \$ 185 Mrd. verfielen, so dass zusätzliche Mittel für \$ 5 Mrd. aufgenommen wurden. Ohne dies wäre der Zinssatz eventuell noch mehr gefallen, was noch besser gewesen wäre. Ohnehin wäre es günstiger gewesen, wenn die Anleger Dollar statt Leliq gekauft hätten, da dies dazu beigetragen hätte, dass der Kurs sich wieder innerhalb der festgesetzten Bandbreite bewegt.

Geschäftsnachrichten

Wintershall

Vor 125 Jahren, am 13. Februar 1894, wurde die Firma Wintershall gegründet. Mario Mehren, Geschäftsführer der Firma, wies darauf hin, dass Wintershall weltweit der größte deutsche Produzent von Erdöl und Gas sei. Auch in Argentinien ist Wintershall präsent, mit zunehmender Bedeutung. Ursprünglich wurde das Unternehmen gegründet, um Pottasche (Kaliumkarbonat) zu erzeugen, das als Düngemittel eingesetzt wurde.

Liftit

Brian York, Inhaber dieses Dienstleistungsunternehmens, hat beschlossen, sich auch in Argentinien niederzulassen,

zunächst mit einer Investition von bis zu u\$s 5 Mio. Das Unternehmen verbindet Lastwagen mit Unternehmen, die Waren befördern wollen, und schafft dabei einen transparenten Markt mit effektiver Konkurrenz. Dabei werden günstigere Tarife erreicht, besonders bei Lastwagen, die eine Fracht nach einem bestimmten Ort befördert haben und eine Fracht für die Rückreise benötigen, um nicht leer zurückzukehren. Gemäß Daten von Liftit beträgt die durchschnittlich Ersparnis bei den Frachtkosten 25%. Die Firma ist schon in Chile, Brasilien, Ecuador und Mexiko tätig.

Auf der Suche nach einem Wirtschaftsprogramm

Von Juan E. Alemann

Präsident Mauricio Macri hat in der Vorwoche eine Runde von Besprechungen mit angesehenen Wirtschaftlern eingeleitet, mit dem Ziel, ein Programm zu haben, das die Überwindung der schlechten Konjunktur erlaubt und in einer eventuellen zweiten Amtszeit als Richtlinie dient. Allgemein besteht der Eindruck, dass es kein Programm gibt, und dass improvisiert wird. Wir haben diesen Standpunkt an dieser Stelle eingehend erklärt. Und viele Politiker sprechen von der Notwendigkeit einer überparteilichen Einigung bezüglich der Wirtschaftspolitik, womit sie im Grunde meinen, dass die Härten, die für eine Überwindung der strukturellen Krise und ein dauerhaftes Wachstum notwendig sind, von allen großen Parteien getragen und nicht durch die politische Diskussion verhindert werden. Es ist auf alle Fälle positiv, dass sich Macri Zeit nimmt, um über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nachzudenken, und sich dabei auch beraten lässt.

Der Präsident hat schon mehrere Gespräche geführt, an erster Stelle mit Miguel Angel Broda, der hervorragendste aller privaten Wirtschaftsberater. Doch dann hat er auch (wie der gut informierte Journalist Marcelo Bonelli in der Zeitung Clarin am 8.2.19 berichtet) mit dem ehemaligen Schatzsekretär Pablo Guidotti (1996-1999, unter Wirtschaftsminister Roque Fernandez), und dem ehemaligen Finanzsekretär Miguel Kiguel (der in der gleichen Periode tätig war) gesprochen. Und vorher hatte er schon mit Carlos Melconian (ein bekannter Wirtschaftler, der in den ersten; Macri-Jahren Präsident der Banco Nación war) und Martín Lousteau (Wirtschaftsminister unter Cristina Kirchner und danach Botschafter von Macri in den USA) geredet. Jetzt soll Broda einen integralen Vorschlag vorlegen, an dem auch die Wirtschaftler Ricardo

López Murphy, José María Dagnino Pastore, Domingo Cavallo und Guillermo Calvo mitarbeiten.

Der Präsident hat seinem Schatzminister Nicolás Dujoyne und selbstverständlich auch seinem Kabinettschef Marcos Peña über all dies berichtet. Angeblich sind diese eher skeptisch. In der Tat sieht man die Dinge außerhalb der Regierung einfacher als innerhalb. Die Empfehlungen gehen oft an den bürokratischen, formellen und politischen Schwierigkeiten vorbei. Man darf eben nicht vergessen, dass die Regierung im Parlament keine eigene Mehrheit hat, und dass 2019 ein Wahljahr ist, in dem es den Politikern darum geht, Wahlen zu gewinnen, und nicht um die Entwicklung der Wirtschaft in den nächsten Jahren.

Dennoch hat die Regierung einen großen Spielraum für wichtige Entscheidungen. Was wir an dieser Stelle vorschlagen, dass das Schatzamt sich nicht mehr mit Titeln in Pesos (Leliq u.a.) zu hohen Zinsen finanziert, sondern in Dollar, kann sofort gemacht werden. Und auch eine Weißwaschung für die gezeichneten Beträge, aber nur für Personen, die in Argentinien wohnhaft sind und bei der AFIP eingetragen sind, sollte im Kongress durchkommen. Das würde erlauben, finanzielle Mittel zu niedrigen Zinsen (3% bis 4%) auf 3 Jahre zu erhalten. Und dann muss das bimonetäre System, das in Argentinien de facto besteht, ganz legalisiert und konkret ausgebaut werden. Doch angeblich stehen wir in dieser Beziehung allein.

Auch die formelle Schließung des Kohlenbergwerkes Rio Turbio, das schon seit längerer Zeit still steht, kann sofort beschlossen werden. Es wird immer noch viel Geld in diesem Bergwerk vergeudet. Die Aufgabe des U-Bahn-

projektes unter der Sarmiento-Bahn, die wir vor Jahren schon empfohlen haben, ist jetzt nicht mehr möglich, weil der Bau schon fortgeschritten ist. In diesem Fall hätte der Odebrecht-Skandal die Entscheidung erleichtert, da diese Firma am Projekt beteiligt war. Die Reformen der Arbeitsgesetzgebung sind schwieriger. Aber die Regierung kann ohne ein neues Gesetz eine Richtlinie für Lohnerhöhungen festsetzen, und Arbeitsverträge, die sie übertreten, nicht allgemeingültig erklären (was hier als "homologación" bezeichnet wird). Ebenso kann die Regierung bei den Lohnverhandlungen einen Vertreter ernennen, der bei der Diskussion mitwirkt und sich Lohnerhöhungen widersetzt, die Preiserhöhungen mit sich bringen. Gewiss: ohne Änderung des Gesetzes hätte dieser Vertreter kein Stimmrecht. Aber die Regierung könnte die Beachtung seiner Empfehlung zur Bedingung für die Erklärung der Allgemeingültigkeit machen. Es kann noch viel mehr auf diesem Gebiet gemacht werden. Schließlich hat Macri das Problem der Übertragung von Korruptionsgütern an den Staat auch durch Notstandsdekret gelöst, obwohl streng genommen ein Gesetz notwendig war, das ihm die Opposition jedoch nicht geben wollte.

Die Diskussion über die Wirtschaftspolitik kommt auch in den Gesprächen mit der Mission des Internationalen Währungsfonds auf, die sich seit dieser Woche in Argentinien befindet. Es geht hier grundsätzlich um die Erfüllung der Auflagen des letzten Abkommens, die die Voraussetzung der Auszahlung von u\$s 10,8 Mrd. ist, die für den 19. März vorgesehen ist. Mit diesem Betrag gelangen die Auszahlungen vom Gesamtbetrag von u\$s 57 Mrd. auf u\$s 24 Mrd. Minister Dujovne kann beruhigt sein, nachdem er das gestellte Ziel beim primären Defizit (ohne Zinsen) erfüllt hat, und der IWF jetzt ohnehin eine

wohlwollende Haltung gegenüber Argentinien hat, die nicht zuletzt auf die guten Beziehungen von Macri zu Trump u.a. Staatsoberhäuptern zurückzuführen ist. Wie weit die ZB das Ziel der Nullexpansion der monetären Basis erfüllt hat, sei dahingestellt. Dabei kommt jetzt das Problem auf, dass dieses Ziel eventuell unvereinbar mit dem Kauf von Devisen ist, der zur Erhaltung des Wechselkurses innerhalb der festgesetzten Bandbreite notwendig ist. Die zuständigen Regierungsbeamten sollten sich mit den IWF-Vertretern über die Wechselkurspolitik einigen, und dieser Priorität vor anderen Zielsetzungen erteilen. Das Ziel der Nullexpansion der monetären Basis ist unrealistisch, und sollte aufgegeben werden und durch eine Zunahme ersetzt werden, die mit der Inflation, den Lohnerhöhungen und der Entwicklung der Wirtschaft vereinbar ist.

Bei der Erfüllung des mit dem IWF vereinbarten Programms kommen viele Fragen auf. Es muss überall gespart werden, wobei dies gelegentlich nur möglich ist, wenn bestimmte Verpflichtungen nicht ganz eingehalten werden. Das ist jetzt bei den Verträgen der Fall, die sich auf die Gasförderung im Gebiet von Vaca Muerta beziehen. Es tauchen auch politisch schwierige Probleme auf, wie das der Tariferhöhungen bei öffentlichen Diensten. Und schließlich muss das Prioritätsprinzip viel strenger angewendet werden. Prioritäten zu bestimmen, bei öffentlichen Investitionen und auch bei anderen Ausgaben, ist nicht einfach, wobei auch subjektive Gesichtspunkte zum Ausdruck kommen. Aber auf alle Fälle können nicht prioritäre Ausgaben und Investitionen leicht als solche identifiziert werden. Wie z.B. das Kohlebergwerk Rio Turbio.

Großer Fortschritt bei der Riachuelo-Sanierung

Von Juan E. Alemann

Der Riachuelo-Fluss, der zwischen der Stadt und der Provinz Buenos Aires bis zum Rio de la Plata fließt, ist eine offene, stinkende und verseuchte Kloake. Ein Riesenproblem, mit dem die bisherigen Regierungen nicht fertig geworden sind. Unter der Militärregierung wurden allerlei Objekte, die sich im Flussgrund befanden, entfernt. Es handelte sich um versenkte Schiffe, Automobile u.a. Daraufhin floss das Wasser schneller, aber ohne das Grundproblem zu lösen. Unter der Regierung von Alfonsín geschah überhaupt nichts, und unter der von Menem wurde María Julia Alsogaray mit der Aufgabe betraut, den Fluss zu reinigen, was sie kurzfristig in Aussicht stellte. Sie konnte jedoch nicht viel machen, weil die Bürgermeister der Provinzbezirke der Gegend, besonders Lanús und Avellaneda, nicht bereit waren, den Industriebetrieben zu verbieten, ihre Abwässer in den Riachuelo zu leiten. Denn dann hätten sie die Betriebe schließen müssen, weil es keine Alternative zum Riachuelo gab. Unter den Kirchner-Regierung geschah überhaupt nichts. Die Macri-Regierung war die erste, die eine echte Lösung in Angriff genommen hat, mit der das Problem in einigen Jahren gelöst wird. 2017 wurden die Arbeiten begonnen, für die die Weltbank einen Kredit von u\$ 1,2 Mrd. bereitgestellt hat. Jetzt ist etwa die Hälfte schon vollendet.

Tief unter dem Boden wird an einer Seite des Flusses ein riesiger Tunnel ausgegraben, der 10,5 km lang sein wird, und dazu bestimmt ist, die Abwässer der Leitungen aufzunehmen, die jetzt noch in den Riachuelo fließen. Jeden Tag schreitet der Tunnelbau um ca. 30 Meter voran. Hinzu kommt eine Pumpstation, und in Dock Sud, bei der Mündung des Riachuelo in den Rio de la Plata, eine große Anlage die weit fortgeschritten ist, um die Abwässer zu säubern, bevor das Wasser in den Fluss geleitet wird, das dann nicht mehr verseucht ist. Präsident Mauricio Macri besuchte in der Vorwoche den Bau dieser Anlage, am Tag seines 60. Geburtstages, in Begleitung des Stadtchefs Horacio Rodríguez Larreta und der Gouverneurin der Provinz Buenos Aires, María Eugenia Vidal. Er äußerte seine Genugtuung über den Fortschritt der Arbeiten. Die Medien nehmen von diesem besonders wichtigen Projekt jedoch kaum Notiz.

Es ist erstaunlich, wie wenig diese große Investition bekannt ist, die insgesamt schließlich weit über u\$ 2 Mrd. kosten wird. Es ist gewiss eine Investition von höchster Priorität, die für 4,3 Mio. Menschen eine direkte Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeutet. Gegenwärtig erkranken ständig hunderte von Menschen, die in der Nähe des Riachuelo wohnen, was verboten

sein sollte, jedoch geduldet wird, weil diesen Familien nur ausnahmsweise eine andere Unterkunft geboten werden kann.

Macri wies beiläufig darauf hin, dass seine Regierung sich u.a. dadurch kennzeichne, dass sie öffentliche Arbeiten beginne und beende, was ein Seitenhieb gegen die Kirchners war, die viele Projekte begannen, und sie groß ankündigten, die dann unterbrochen wurden. Außerdem habe es keine Korruption gegeben. In der Tat sind die Überpreise, die unter den Kirchners die Regel waren, verschwunden. Macri betonte, dass allein in der Provinz Buenos Aires 1.800 öffentliche Bauten unter seiner Regierung beendet worden seien, von denen der größte Teil auch unter seiner Regierung begonnen wurde.

Die Macri-Regierung hat effektiv sehr viel in Infrastrukturprojekte investiert, und zu diesem Zweck auch Auslandskredite aufgenommen. Wenn Macri jetzt die zusätzliche Staatsverschuldung vorgeworfen wird, die unter seiner Regierung stattgefunden hat, wird nie erwähnt, auch nicht von Regierungssprechern, dass das Geld für den Ausbau der Infrastruktur eingesetzt wurde, von der die Wirtschaft, und besonders viele direkt Begünstigte, profitieren. Werden zumindest diese dies bei den Wahlen honorieren?

Diese hohen öffentlichen Investitionen haben jetzt aufgehört, weil sie im Rahmen des primären Nulldefizits gestrichen werden mussten. Bei den primären Staatsausgaben werden laufende Ausgaben und Kapitalausgaben (Investitionen) zusammengezählt, anders als in der privaten Buchhaltung, bei der nur die Amortisationen als Ausgaben gebucht werden. Kredite der Weltbank u.a. gleichen einen Teil des "finanziellen" Defizits aus, das durch die Zinsen auf die Staatsschuld entsteht. In Deutschland hat das Staatsdefizit zwei Grenzen: einmal 3% des BIP, die im Maastricht-Abkommen der EU vereinbart wurden, und dann, der Umfang der Staatsinvestitionen. Das Defizit darf auf alle Fälle keine laufenden Ausgaben finanzieren. In Argentinien gilt ab diesem Jahr das Nulldefizit beim primären Defizit, aber es gibt keine Beschränkung beim gesamten Defizit, das auch Zinsen einschließt, auf das sich die EU-Regelung bezieht. Dieses Defizit, das in Argentinien immer noch sehr hoch ist, muss durch neue Kredite finanziert werden. Deshalb sind die Kredite der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Andenkörperschaft, von chinesischen Banken und auch von europäischen u.a., die Kapitalgüterlieferungen finanzieren, so wichtig.